
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 16/3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53746

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

status quo aufgetreten waren, brachte sie die Schwenkung der offiziellen französischen Position nicht in Schwierigkeiten.

Konnte man bis 1933 die Verfechter des status quo im allgemeinen dem frankophilen Lager zuordnen, so änderte sich das mit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Die Zahl der status quo-Anhänger wuchs beträchtlich. Das bedeutete aber nicht, daß diese nun die Zugehörigkeit der Saar zum Reich prinzipiell in Frage stellten. Die Rückgliederung sollte nur für die Dauer der Regierung Hitler aufgeschoben werden. In Paris registrierte man aufmerksam die prekäre Lage, in die die Opposition gegen Hitler auch an der Saar geraten war. Lempert verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Saar-SPD, die ab 1933 von der französischen Regierung finanziell unterstützt wurde. Das beleuchtet die Nöte, in die der Verlust der Mutterpartei die Saar-SPD stürzte.

Die Unübersichtlichkeit des frankophilen Spektrums, die personellen Überschneidungen und Neugründungen aufgelöster Organisationen unter anderem Namen, haben auf die Untersuchung abgefärbt, und das stellt ihre größte Schwäche dar. Die Arbeit hätte durch Straffung und Streichung unwesentlicher Details gewonnen. Davon unberührt ist es Lemperts Verdienst, in mühevoller Kleinarbeit die Entwicklung dieser verschwindend kleinen Randgruppen nachgezeichnet zu haben.

Woldemar VENOHR, Berlin

David J. DIEPHOUSE, *Pastors and Pluralism in Württemberg 1918–1933*, Princeton, New Jersey (Princeton University Press) 1987, VII–393 S.

Es ist auffällig, daß Allgemeinhistoriker, die sich dem Thema ›Konfession und Gesellschaft‹ in der Weimarer Republik zuwenden, nächst der (alt)-preußischen Landeskirche vor allem das kirchenpolitische Spektrum Württembergs in den Blick zu nehmen scheinen. Dies hat sicher einen Grund in der reichen Quellenüberlieferung vor allem des landeskirchlichen Archivs in Stuttgart. Daneben dürften aber zentrale inhaltliche Motive eine wichtige Rolle spielen: Am Beispiel dieses evangelisch – und ›moderat‹ lutherisch – geprägten Staates im Südwesten des Reiches lassen sich Strukturen und Mentalitäten herausarbeiten, die sich von jenen des dominierenden Preußen abheben und verdeutlichen, daß von hier ausgehende, oft verallgemeinerte Interpretationslinien und Ergebnisse nicht ohne weiteres für die gesamte Konfessionsgeschichte dieser Epoche repräsentativ sind. – Der am Calvin College lehrende Historiker D. J. Diephouse weist denn auch wiederholt auf die charakteristischen Unterschiede im kirchlichen und parteipolitischen Spektrum Württembergs zu dem auch in konfessionell-protestantischer Hinsicht übermächtigen Preußen hin und kritisiert gleich einleitend die herkömmliche Fixierung auf die Berliner Politik, die das Gesichtsfeld des Historikers und damit sein Urteil unangemessen einenge. Der Vf. will – darin Eley und Blackburn verwandt – nicht primär die Geschichte einer politisch-pathologischen Entwicklung in Kirche und Gesellschaft skizzieren, sondern das Verhalten der organisierten sozialen, ökonomischen und kulturellen Interessen im Bereich des Themas und seine Folgen für die Stabilität der Weimarer Demokratie schildern. Den gewissermaßen roten Faden seiner Untersuchung bildet die Frage, wie die Landeskirche und ihre hier agierenden vielfältigen Untergliederungen nach der Trennung von Thron und Altar ihr traditionelles Geschichts- und Gesellschaftsbild mit der neuen Forderung nach Pluralität und gleichzeitig übergreifendem Konsens verbunden haben. Dabei klingt immer wieder die Relevanz der alten Frage reformatorischer Kirchlichkeit nach dem Anstalts- oder Freiwilligkeitscharakter an, womit sich die Volkskirchen-Problematik als Hauptuntersuchungsgegenstand bereits andeutet.

In sieben Abschnitten entfaltet Diephouse sein Thema. Beziehen sich die beiden ersten Kapitel auf den historischen Ort des Württembergischen Protestantismus im 19. Jh. und seine

Reaktionen auf die Staats- und Verfassungsumwälzung nach 1918, folgen dann fünf Fallstudien zu einzelnen Schwerpunkten: Diephouse beschreibt zunächst die Grenzen der mit dem Fall des Summepiskopats notwendigen ›demokratischen‹ Kirchenreform, geht ferner auf das Verhältnis von Kirche und Schule ein und beschäftigt sich anschließend sehr breit mit der ›Sozialen Volkskirche‹, bevor er nach deren gesellschaftspolitischem Selbstverständnis und der damit verbundenen Reaktion der Pfarrerschaft auf die Herausforderung der krisenhaften Zeitlage vor Ort fragt. Eine Schilderung der letzten Jahre der Republik mit ihren Auswirkungen auf die Landeskirche und die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus beschließen das Buch. Die Zusammenfassung bietet weniger eine Wiederholung der Thesen als einen Ausblick auf Interaktion und Dissens von Kirche und Staat im ›Dritten Reich‹. – Die materialreiche und sorgfältig gearbeitete Studie stützt sich auf eine Fülle von innerkirchlichem Schrifttum sowie auf Archivalien des landeskirchlichen Archivs, wobei die in erstaunlicher Breite zur Kenntnis genommene Sekundärliteratur immer mit einbezogen wird. Der Vf. gelangt so zu ausgewogenen, überzeugenden Ergebnissen und Urteilen, die nicht ohne Einfluß auf die allgemeine wie auf das Territorium bezogene Konfessionsgeschichtsschreibung bleiben werden:

Das – anders als in Preußen – ›mildere‹ politische Klima in Württemberg, die altliberalen Traditionen und der vorsichtige, weder prononciert laizistische noch fundamental antibürgerliche Kurs der Sozialdemokratie schufen nach 1918 die Voraussetzungen für eine Kontinuität staatlicher Kirchenpolitik wie kirchlichen Einstellungsverhaltens gegenüber der neuen Obrigkeit, die im Norden des Reiches zumindest in den ersten Jahren nach der Revolution nicht gegeben waren. Obwohl die Trennung von Staat und Kirche auch hier ihre Folgen zeitigte, kam es nicht zu einem neuen ›Kulturkampf‹, im Gegenteil, die Trennung förderte die Transformation der Landeskirche »into a type of privileged cultural interest group« (S. 100), was freilich Probleme neuer Art aufwarf. Wurde die Kirche so de facto zu einer gesellschaftlichen Kraft unter anderen, so führte der zäh verteidigte Anspruch, einen breiten Grundkonsens auf der Basis überkommener christlich-kultureller Werte zu schaffen, ›Laien‹, Pfarrerschaft und Kirchenleitung in tiefgreifende Konflikte mit den Strukturgesetzen eines der Verfassung verpflichteten Pluralismus. Besonders deutlich wurde das in bezug auf die Umsetzung des sozialen Volkskirchenideals: Die Bemühungen der Kirche, auf sozialem Felde eine führende Rolle zu übernehmen, stießen sich immer wieder an dem Widerspruch zwischen der dadurch im- und explizit ausgeübten sozialen Kontrolle in Wahrnehmung des beanspruchten Mandats zur Herstellung einer homogenen christlich fundierten Volksgemeinschaft und der eigenen Legitimationsbasis, weil die kirchlichen Funktionsträger an den wirtschaftlichen Interessenkämpfen nicht partizipierten. – Die meisten Pfarrer und ›Laien‹ wurden in der Republik ungeachtet ihrer politischen Option zu ›skeptischen Vernunftrepublikanern‹; dabei überwog in den Synoden das konservative Element, was auch mit dessen Verwurzelung in den starken pietistischen Gruppen der Region zu tun hatte. Aber, so das Fazit von Diephouse, »it would be misleading to portray the church simply as a bulwark of antimodernism«. Denn das – seines Erachtens gescheiterte – modernisierte Volkskirchenexperiment, das den Geistlichen die anvisierte moralische Präzeptorenrolle nicht zubilligte, führte andererseits zu der Erkenntnis, »that the Church's integrity and vitality ultimately depended not upon favored legal status or a sympathetic state, but upon its capacity to claim the masses and to mold them into a strong confessional community« (S. 309). Erst die sich seit 1930 ankündigende NS-Machtergreifung machte diese Mobilisierung wieder zunichte. Hatte die Revolution von 1918 ungeahnte Energien zur Abwehr vermeintlich oder tatsächlich drohender Entwicklungen für die Kirche freigesetzt, so bewirkte die ›Gegenrevolution‹ von 1933 mit ihrer polarisierenden Dynamik schon im Vorfeld des ›Dritten Reiches‹ das Gegenteil: Sie förderte den Rückzug von Kirche und Pastoren aus dem gesellschaftspolitischen Engagement in der Sorge vor dem Verlust der ohnehin sich aufsplitternden sozialen Basis.

Obwohl es der Autor nirgends ausspricht, weiß er sich offenbar dem neuen methodischen Ansatz der »Politischen-Kultur-Forschung« verpflichtet. Jedenfalls ist seine Untersuchung des Spektrums der wichtigsten Kräfte des württembergischen Protestantismus daraufhin angelegt, die auch im kirchlichen Binnenbereich sichtbar werdenden, sich in teilweise harter Konfrontation gegenüberstehenden Teilkulturen, die den ersehnten gesellschaftlichen Konsens angesichts der pluralistischen Verfaßtheit als utopisches Desiderat erwiesen, herauszuarbeiten. Daß eine Einbeziehung des – ausgesparten – Verbandsprotestantismus seinen Thesen eine weitere Abstützung gegeben hätte, darf vermutet werden. Insofern steht seine Darstellung der volkshkirchlichen Wirklichkeit für die Antagonismen der Weimarer Gesellschaft insgesamt: In beiden spiegelte sich die Sinnkrise der Republik seit deren Bestehen. Die an angloamerikanischen Vorstellungen einer das Gemeinwesen stabilisierenden »civil religion« gemahnende, wohl eher rhetorisch gemeinte Frage, warum die Pastoren nicht erkannt hätten, daß eine gleichsam säkularisierte »public philosophy« besser als die Volkskirchen-»Ideologie« einen auf die Verfassung setzenden staatsbürgerlichen Grundkonsens herbeigeführt (und den Nationalsozialismus damit verhindert) haben würde, – beantwortet Diephouse zwar nicht ausdrücklich; aus seiner Studie mit ihrer Hervorhebung der Wurzeln des württembergischen Landeskirchentums und seiner Erschütterung durch Revolution und Nachkriegszeit geht eine Antwort aber auch so deutlich genug hervor.

Jochen-Christoph KAISER, Münster

Michelle LE BARS, *Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928–1932*, Bern (Verlag Peter Lang) 1986, 364 S. (Contacts, Série III, 2).

Im Rahmen der Geschichte der Weimarer Republik gehörte Schleswig-Holstein zu den Regionen, in denen die wirtschaftliche und politische Krise in der Endphase der Republik besonders nachhaltige Wirkungen zeigte. Das Ergebnis war, daß die demokratischen Parteien jeglichen Rückhalt in der Wählerschaft verloren und daß die NSDAP bei den Wahlen des Jahres 1930 fast ein Drittel und im Juli 1932 mehr als die Hälfte der Stimmen bekam.

Schon früh hat sich die Wissenschaft den besonderen Bedingungen in diesem Lande für den Aufstieg der NSDAP zugewandt. Dabei wurde deutlich, daß die durchgehende agrarisch-gewerblich-mittelständische Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur dieses Landes eine Rolle spielte. Vor allem aber erkannte man, daß die dem Aufstieg der NSDAP teils vorausgehende, teils parallel laufende Protestbewegung in der Landbevölkerung eine der wesentlichen Ursachen für die Radikalisierung war. Als die Landbevölkerung erkannte, daß mit dieser Protestbewegung politisch nichts zu erreichen war, schwenkte sie zur NSDAP über, die ihr eine radikale Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse versprach.

Im Rahmen dieser Entwicklungen befaßt sich Michelle Le Bars in ihrer überwiegend chronologisch-historisch angelegten Arbeit mit der »Landvolkbewegung« – jener Sammlungsbewegung bäuerlicher und gewerblicher Schichten des flachen Landes, die sich als eigenständige Bewegung verstand, zunächst passive Resistenz übte, dann aber – mit dem Fortschreiten der Krise – zum aktiven Widerstand überging und schließlich den Weg zur NSDAP fand.

Über die engeren Verhältnisse in Schleswig-Holstein hinaus sieht Frau Le Bars die Bedeutung dieser Vorgänge darin, daß an ihnen der politische Wandel in der ländlichen Bevölkerung und die politische Radikalisierung allgemein gezeigt werden kann. Zwar wird darauf hingewiesen, daß das »Landvolk« nicht nur die Bauern, sondern auch die von ihnen abhängige Bevölkerung der Klein- und Mittelstädte umfaßt, doch beschränkt sich die Darstellung dann im wesentlichen auf die bäuerliche Bewegung.

Quellengrundlage der Arbeit sind die im Landesarchiv Schleswig lagernden Akten der Preußischen Provinzialverwaltung, die zeitgenössische Presse, insbesondere die Periodika der